

## Informationspflichten nach Art. 13 DSGVO

### 1. Identität und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlicher gem. Art. 4 Abs. 7 EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) ist

- Rechtsanwalt Dr. Tim Oehler
- Klosterstraße 5
- 49134 Wallenhorst
- Telefon: 0172 5606451
- Email: [advokatur@gmx.de](mailto:advokatur@gmx.de)

### 2. Zwecke der Datenverarbeitung, insbesondere berechnete Interessen, Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO

#### a) Vertragsdurchführung

(1) Für die Kontaktabbauung und den Informationsaustausch im Vorfeld eines Mandatsverhältnisses als Mandant und zur Erfüllung eines bestehenden Mandatsverhältnisses gebrauchen wir zur Entgegennahme von Personendaten (z.B. Telefon), zum Empfang und zur Versendung die analoge Post und digitale Informations- und Kommunikationstechnologien (z.B. Telefax oder Email). Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO.

(2) Für die Kontaktabbauung und den Informationsaustausch im Vorfeld eines Mandatsverhältnisses als Mandant und zur Erfüllung eines bestehenden Mandatsverhältnisses, kann die Verarbeitung ihrer Gesundheitsdaten erforderlich sein, um außerhalb eines Gerichtsverfahrens und in einem Gerichtsverfahren ihre Rechtsansprüche bzgl. gesundheitlicher Nachteile durchzusetzen. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DSGVO, Art. 9 Abs. 2 f) DSGVO (Kühling/Weichert, DSGVO, 2017, Art. 9 Rn. 83 ff.).

#### b) Direktwerbung

(3) Zu unseren berechtigten Interessen gehört die Verarbeitung von Personendaten für die Direktwerbung. Zu dieser zählen insbesondere Unternehmenskommunikation, Unternehmenspräsentation und/oder Dienstleistungspräsentation. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO.

#### c) Rechtsansprüche und justizielle Tätigkeiten

(4) Zu unseren berechtigten Interessen gehört die Verfolgung, Durchsetzung und Verteidigung von Rechtsansprüchen, die generell den Datenumgang mit personenbezogenen Daten (auch sensible Daten im Sinne von Art. 9 Abs. 1 DSGVO) gestattet (Kühling/Weichert, DSGVO, 2017, Art. 9 Rn. 83 ff.).

d) Newsletter

Betroffene Personen haben die Möglichkeit, sich für einen elektronischen Newsletter unter Angabe von Vorname, Nachname und Email-Adresse anzumelden, der per Email verschickt wird. Die erforderlichen Daten werden für die Versendung des Newsletters gebraucht. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist ihre Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO.

### 3. Informationen zur Einwilligung

- (1) Die Verarbeitung personenbezogener Daten kann durch eine rechtliche Regelung oder Sie als betroffene Person mit ihrer Einwilligung gestattet werden.
- (2) Mit ihrer Erklärung ihrer Zustimmung in die Datenverarbeitung von Personendaten, insbesondere besondere Personendaten (z.B. Gesundheitsdaten), für die Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche (z.B. Arzthaftung oder Arbeitsunfall) erteilen Sie uns gegenüber ihr Einverständnis und verleihen uns die Befugnis zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten. Sollten Sie die Einwilligung erteilt haben, ist Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung der Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DSGVO, Art. 9 Abs. 2 a) DSGVO.
- (3) Bei Einwilligung oder bei Verweigerung ihrer Einwilligung kann unsere Datenverarbeitung zulässig sein, wenn eine vertrauliche Beziehung, die einem Vertragsverhältnis gleichkommt (z.B. Anbahnung), oder ein Vertrag mit Ihnen besteht. Rechtsgrundlage für unsere Datenverarbeitung ist Artikel 6 Abs. 1 S.1 b) DSGVO, auf den wir uns zusätzlich stützen.
- (4) Zusätzlich zu ihrer Einwilligung oder bei Verweigerung ihrer Einwilligung kann eine Abwägung unserer berechtigten Interessen (z.B. steuerrechtliche Pflichten) mit ihren schutzwürdigen Interessen (z.B. Persönlichkeitsrecht oder Recht auf informationelle Selbstbestimmung) die Zulässigkeit unserer Datenverarbeitung begründen. Rechtsgrundlage für unsere Datenverarbeitung ist Artikel 6 Abs. 1 S.1 f) DSGVO (siehe oben), auf den wir uns zusätzlich stützen.
- (5) Wir geben Ihnen den Hinweis, dass sich im Falle ihrer Einwilligung die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten nicht ausschließlich nach ihrer Einwilligung bestimmt und andere Erlaubnistatbestände, die wir beispielhaft zuvor dargestellt haben, zusätzlich von uns geltend gemacht werden.

### 4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Wir übermitteln zur Vertragsdurchführung eines Anwaltsvertrags, soweit erforderlich, die Daten an folgende Kategorien von Datenempfängern:

- Server (Dienstleister, der die materiellen Komponenten und das Programmsystem für den Email-Verkehr wie das besondere elektronische Anwaltspostfach zur Verfügung stellt)
- Gegner (z.B. Behörde; Vertreter rechtsberatender Berufe, die die Gegenseite vertreten; Gericht)
- Streithelfer

- Beigeladene
- Kreditinstitut (z.B. zur Anweisung von Geld, das an unsere Kanzlei für Sie überwiesen wurde)
- Einrichtungen zahn- oder medizinischer Begutachtung.

## 5. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Es findet keine Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation statt und dies ist auch nicht beabsichtigt.

Wir weisen Sie auf die Datenschutzerklärung unserer Internet-Seite hin <[www.rechtsanwalt-oehler.de](http://www.rechtsanwalt-oehler.de)>. Sie finden dort zusätzliche Informationen zu der Sie betreffenden Datenverarbeitung, insbesondere die Datenverarbeitung bei Besuch unserer Website und die allgemeinen Informationen nach Art. 13 DSGVO.

## 6. Dauer oder Kriterien für Datenspeicherung

(1) Sollten Sie eine Einwilligung in ihre Datenverarbeitung erteilt haben, gilt ihre Einwilligung in die Datenverarbeitung zeitlich unbegrenzt.

### a) Vertragsdurchführung

(2) Liegt keine ausdrückliche Einwilligung im Falle einer Mandatserteilung vor, werden gemäß § 50 Abs. 1 BRAO ihre personenbezogenen Daten regelmäßig für die Dauer von 6 Jahren gespeichert und danach gelöscht. Die Frist beginnt zu laufen mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Auftrag beendet wurde.

(3) Steuerrechtliche Aufbewahrungspflichten von Abrechnungsdokumenten, die ihre personenbezogenen Daten ausweisen, führen zu einer 10 Aufbewahrung und einer erst danach erfolgenden Löschung.

### b) Direktwerbung

Die Daten werden bei Widerspruch gegen die Direktwerbung oder nach Zeitablauf von 12 Monaten nach der letzten Werbung unter Hinweis auf das Widerspruchsrecht gelöscht.

### c) Newsletterversand

Die Daten, insbesondere ihre Einwilligung in den Email-Empfang, werden für 10 Jahre aufbewahrt zwecks Belegs ihrer Einwilligung in den Empfang der Email mit dem Newsletter als Datei-Anlage.

## 7. Rechte; Beschwerderecht bei Aufsichtsbehörde

- (1) Sie haben gegenüber uns folgende Rechte hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten:
  - Recht auf Auskunft, Art. 15 DSGVO
  - Recht auf Berichtigung, Art. 16 DSGVO
  - Recht auf Löschung, Art. 17 DSGVO
  - Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO
  - Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung, Art. 21 DSGVO
  - Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 DSGVO
- (2) Sie haben zudem das Recht, sich bei einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns zu beschweren.
- (3) Die zuständige Landes-Datenschutz-Aufsichtsbehörde hat folgende Kontaktdaten:

Landesbeauftragte/r für den Datenschutz Niedersachsen

Prinzenstraße 5

30159 Hannover

Tel.: 0511 1204500

Telefax: 0511 1204599

Email: [poststelle@fd.niedersachsen.de](mailto:poststelle@fd.niedersachsen.de)

## 8. Recht auf Widerruf bei Einwilligung

- (1) Sie haben das Recht, ihre Einwilligung in die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten (z.B. Bezug des Newsletters) jederzeit ohne Begründung vollständig oder teilweise zu widerrufen.
- (2) Um ihr Widerrufsrecht auszuüben, können Sie uns gegenüber den Widerruf schriftlich, mündlich oder elektronisch erklären:
  - Rechtsanwalt Dr. Tim Oehler
  - Klosterstraße 5
  - 49134 Wallenhorst
  - Telefon: 0172 5606451
  - Email: [advokatur@gmx.de](mailto:advokatur@gmx.de)
- (3) Wenn Sie diese Einwilligung widerrufen, hat der Widerruf keine Rückwirkung und damit keinen Einfluss auf die Zulässigkeit der vergangenen Datenverarbeitung.
- (4) Soweit Sie ihre Einwilligung widerrufen, kann die zukünftige Datenverarbeitung nicht auf die Einwilligung als rechtliche Grundlage gestützt werden.

## 9. Verpflichtung oder Obliegenheit zur Bereitstellung personenbezogener Daten

- (1) Für das Zustandekommen eines Anwaltsvertrages ist erforderlich, dass der Mandant seine Identitätsdaten (Vorname Nachname; postalische Anschrift mit Strasse Hausnummer; Postleitzahl und Ort) zur Verfügung stellt. Werden diese Angaben nicht gemacht, kommt kein Anwaltsvertrag zustande.
- (2) Der Anwaltsvertrag begründet für den Mandanten die Nebenpflicht, alle für die Durchführung des Vertrages wesentlichen Punkte durch Auskünfte und Stellungnahmen zu unterstützen (BGH, Urteil vom 8.10.1981 – III ZR 190/79). Ein Mandant muss aufgrund des Anwaltsvertrages seinen Rechtsanwalt wahrheitsgemäß über die tatsächlichen Umstände seiner Rechtsangelegenheit unterrichten (OLG Stuttgart, Urteil vom 2.5.2012 – 15 U 1624/11). Je besser ein Mandant informiert ist, umso eher trifft den Mandanten eine Informationspflicht (OLG Saarland, Urteil vom 25.11.2008 – 4 U 50/08). Ein Rechtsanwalt kann von seinem Mandanten erwarten, dass er durch eine geordnete Zusammenstellung nachvollziehbar darlegt, auf welche einzelnen Rechnungen die Klage gestützt werden soll. Es ist die ureigene Aufgabe der Partei, nicht ihres Rechtsanwalts, den Streitgegenstand einer Klage zu definieren (OLG Saarland, Urteil vom 25.11.2008 – 4 U 50/08). Der Mandant muss auf entsprechende Bitten um Information die zur Beantwortung gerichtlicher Anfragen erforderlichen Einzelheiten des Sachverhalts mitteilen (BGH, Urteil vom 8.10.1981 – III ZR 190/794). Diese Pflichten ergeben sich § 611 BGB, § 241 BGB, § 242 BGB.
- (3) Kommt der Mandant seiner Nebenpflicht zur Informationserteilung überhaupt nicht, nicht vollständig, nachlässig oder verspätet nach, kann seine Rechtsdurchsetzung nicht erfolgreich sein, weil sein Vorbringen von Anfang an nicht geeignet ist einen Rechtsanspruch oder eine Einwendung auszufüllen (un-schlüssig; unerheblich) oder aufgrund einer nicht nach gekommenen Erklärungspflicht nicht wirksam ist (unsubstantiiert) oder als unbeachtlich aufgrund von verspätetem Vorbringen in einem gerichtlichen Verfahren gilt.
- (4) Sollen Inkassodienstleistungen Gegenstand des Anwaltsvertrags sein und ist der Schuldner eine Privatperson, muss der Rechtsanwalt nach § 43d BRAO bei Geltendmachung der Forderung gegenüber der Privatperson die Angaben nach § 43 d BRAO machen. Der Mandant muss dem Rechtsanwalt diese Angaben zur Verfügung stellen. Teilt der Mandant dem Rechtsanwalt diese Angaben nicht mit, darf der Rechtsanwalt diese Forderung nicht geltend machen.

## 10. Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 DSGVO findet nicht statt und wird nicht von uns durchgeführt.